

Versammlungsbehörde ordnet die sofortige Beseitigung des Zeltes der Gruppe Lampedusa Hamburg am Steindamm an

Das Bündnis Solidarische Stadt Hamburg von 85 Hamburger Gruppen, Organisationen, NGOs und Institutionen protestiert gegen die Anordnung der Versammlungsbehörde mit einem Schreiben vom 20.03. um 14:30 per E-Mail, das „Lampedusa-Zelt“ solle bis Ende der 12. KW abgebaut werden. Das Zelt ist Mittelpunkt der Dauerkundgebung der Gruppe afrikanischer Geflüchteter, die vor fast sieben Jahren von Italien nach Hamburg gekommen waren und eine breite Unterstützung aus der Hamburger Bevölkerung sowie von Kirchen und Gewerkschaften für die Gewährung ihres dauerhaften Aufenthaltsrechts erhalten hatten. Die Gruppe Lampedusa in Hamburg ist eine der 85 Unterstützerinnen unseres breiten Bündnisses.

Die Anordnung der Verwaltungsbehörde war am vergangenen Freitag Nachmittag ergangen, als die Sprecher und der verantwortliche Leiter der Kundgebung keinerlei Möglichkeit hatten, offiziell Einspruch dagegen einzulegen, da die Behörden vor dem Wochenende nicht mehr erreichbar waren. So drängt sich der Eindruck auf, dass die Versammlungsbehörde ihre Anordnung mit Bedacht auf diesen Zeitpunkt gelegt hatte, denn sie konnte damit rechnen, dass es keinerlei wirksamen Widerstand dagegen geben könne. Der Anordnung zum Abbau war die Schließung des Zeltes wegen der allgemeinen Versammlungsbeschränkungen in der Corona Krise vorangegangen. Die Gruppe hatte mit der Revierwache 11 und den Behörden sehr gut kooperiert, hatte das Zelt nicht mehr betreten und hatte mit einem Plakat darauf hingewiesen, dass die Kundgebung bis auf Weiteres unterbrochen sei.

Trotz der Beteiligung von fast 20.000 Menschen aus zahlreichen politischen Gruppierungen, Studierenden, Kirchen, Moscheen und Gewerkschaften an einer Demonstration am 2. November 2013 weigerten sich der damalige Erste Bürgermeister Olaf Scholz und der Senat, die Forderungen der Gruppe Lampedusa nach ihrer dauerhaften Aufenthaltserlaubnis anzuerkennen.

Seitdem ist der Aufenthalt dieser Gruppe afrikanischer Geflüchteter in Hamburg nur geduldet, was bedeutet, dass sie keinen faktischen Schutz, keine verlässliche soziale Unterstützung, keine medizinische Versorgung und kein Recht zu arbeiten haben.

Sieben Jahre nach Beginn ihres Kampfes wollen ihre Mitglieder und viele andere afrikanische Geflüchtete, nicht mehr mit Obdachlosigkeit, Isolation und Rassismus konfrontiert werden. Sie brauchen uneingeschränkte soziale Gerechtigkeit wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger der Stadt. Viele Hamburger*innen Einwohner betrachten die Gruppe Lampedusa bereits lange als Teil der Hamburger Geschichte und seiner sozialen Wirklichkeit.

Die überfallartige Anordnung der Versammlungsbehörde, dass die Gruppe ihr Zelt innerhalb dieses Wochenendes abzubauen habe, ist zynisch, denn sie weiß, dass die Gruppe unter den Einschränkungen der öffentlichen Bewegungsfreiheit und mit nur einer Handvoll von Personen zum Scheitern verurteilt ist. Sie hätte damit die Handhabe, das Zelt selbst entfernen zu lassen, wenn nicht unser gemeinsamer lauter öffentlicher Protest sie davon abhält.

Bitte unterstützen Sie mit ihrer Veröffentlichung unsere massive Kritik gegen das Vorgehen dieser Behörde gegen wehrlose Menschen, die Teil unserer Gesellschaft sind, aber seit Jahren behördlich an den Rand gedrängt und jetzt, während der Corona Krise, um so mehr geschwächt sind.